Newsletter 02/2011

S. 1 S. 2 S. 4 S. 7 S. 8

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,



es gibt gute Nachrichten zum Jahresanfang: Mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln", die in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet hat, kann es weitergehen. So wird die Info- und Bildungsstelle

gegen Rechtsextremismus wohl im Rahmen des neuen Bundesprogrammes "Toleranz fördern – Kompetenz stärken" gefördert werden, um mit der Mobilen Beratung Initiativen, Organisationen, Ämter und Einzelpersonen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu unterstützen.

Allerdings gibt es derzeit noch eine große Auseinandersetzung um die Unterzeichnung der so genannten "Extremismusklausel". Das Bundesfamilienministerium verlangt im Rahmen der Förderung aus den Programmen das Unterzeichnen eine "Demokratieerklärung gegen Extremismus". So müssen die Träger von Maßnahmen bestätigen, dass sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und "eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten." Zudem sollen sie dafür Sorge tragen, dass "die als Partnern ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten."

Der Verwaltungsrechtler Prof. Dr. Ulrich Battis kam in einem Gutachten zu dem Schluss, dass Teile der Erklärung "verfassungsrechtlich bedenklich" seien. So sei unklar, wer oder was als "Partner" zu werten

sei und "welches Verhalten die Letztempfänger konkret vorweisen müssen."

Gegen die Klausel gibt es Protest von etlichen Initiativen, Kirchen und Gewerkschaften. Es werde "ein Klima des Misstrauens und der Bespitzelung" geschaffen, so die Initiatoren eines bundesweiten "Aktionstags für Demokratie – gegen Misstrauen und Bekenntniszwang" am 1. Februar 2011, das "die unverzichtbare Demokratie-Arbeit langfristig beschädigt."

Familienministerin Schröder hingegen hält die Klausel "nicht nur legitim, sondern selbstverständlich". Außerdem sensibilisiere die Antiextremismuserklärung "für die Gefahren, die sich aus einer Zusammenarbeit mit extremistischen Strukturen für das Engagement für Toleranz und Demokratie entwickeln können."

Letztlich setzt ein tragfähiges Bekenntnis zur Demokratie ein "qualitatives, auf der Anerkennung der unteilbaren Menschenwürde beruhendes Demokratieverständnis voraus, in dem Unterschiede, Kritik und politische Auseinandersetzung nicht nur ausgehalten, sondern als Voraussetzung für eine gelebte, sich kontinuierlich weiterentwickelnde Demokratie begrüßt und gefördert werden." So formulieren es Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und andere Einrichtungen in einer Erklärung zum Thema. Dieses Bekenntnis sollte auch Grundlage der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus sein – ob mit oder ohne Unterschrift.

Hans-Peter Killguss,

Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus







Erinnern – eine Brücke in die Zukunft Ausstellung: NS-DOK, bis zum 20.02.2011)

1996 hatte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt und Schülerinnen, Schüler und Jugendliche dazu aufgerufen, sich mit dem Thema NS-Herrschaft auseinanderzusetzen. Kölner Schulen beteiligen sich seit 1998 unter dem Motto "Erinnern - eine Brücke in die Zukunft". Die dabei entstehenden Arbeiten sind vielfältig, so gibt es beispielsweise Kunstobjekte, Fotos, Comics oder Video- und Filmproduktionen. Die Werke, die einen Bogen aus der Vergangenheit in die Gegenwart spannen, sind noch bis zum 20. Februar im NS-DOK zu sehen.



Was passierte im EL-DE-Haus?

Familienführung: Donnerstag, 3. Februar, 16.30 Uhr, NS-DOK

Führung für Familien mit Kindern ab 11 Jahren. Eintritt frei.

Freiheit geht nur gemeinsam - Ein Abend mit Doğan Akhanlı

Vorträge: Samstag, 5. Februar 2011, 19 Uhr, Alte Feuerwache Köln, Melchiorstr. 3, 50670 Köln



Verschiedene Initiativen und Organisationen laden 711 einem Abend Doğan Akhanlı, Aus dem Einladungstext: "Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die türkische Justiz Menschen ins Gefängnis wirft, ist legendär. Tausende sitzen dort unschuldig hinter Gittern.

Doğan Akhanlı war

einer von ihnen. Nachdem er am 8. Dezember 2010 nach viermonatiger Haft freigelassen wurde, kehrte er Anfang Januar 2011 nach Köln zurück. Die Rückkehr ins "normale" Leben nach der Haft ist kein einfacher Vorgang. Zahlreiche der Bedrohungen, die im Gefängnis mit überlebensnotwendiger Entschlossenheit zur Seite gedrängt werden, treten erneut hervor. Die Schrecken des Eingesperrtseins, des willkürlichen Freiheitsentzuges, der unberechenbaren Dauer - sie alle brechen noch einmal auf. Gefängnisse sind fragwürdige Institutionen. Willkürliche Inhaftierung ist mehr als fragwürdig. Sie ist ein Verbrechen."

Programm:

Doğan Akhanlı berichtet von seiner Zeit in der Untersuchungshaftanstalt Metris/Istanbul, im Hochsicherheitsgefängnis in Tekirdağ, von seiner Freilassung und seiner Rückkehr.

Pinar Selek, türkische Soziologin und P.E.N. Stipendiatin, die von lebenslanger Haft in der Türkei bedroht wird, beleuchtet die Hintergründe der Anklage gegen sie (ihr nächster Verhandlungstermin ist am 9.2.2011).

Murat Cakir (Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen) erörtert die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Deutschland und die wenig kritische Haltung der deutschen Regierung zur türkischen Justiz.

Albrecht Kieser (Rheinisches JournalistINNenbüro) zieht ein Resümee der Solidaritätskampagne für Doğan Akhanlı.

Ab 21.00 Uhr wird gefeiert.

Veranstalter: Allerweltshaus, Diözese der Armenischen Kirche in Deutschland, GEW-Köln, haGalil, KulturForum TürkeiDeutschland, Menschenrechtsverein Türkei Deutschland (Tüday), NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Recherche International, Öffentlichkeit gegen Gewalt, PEN-Zentrum deutschsprachiger Autoren im Ausland (Exil-PEN), Rheinisches JournalistINNenBüro, VS-Verband der Schriftsteller, Bezirk Köln u.v.a.



Köln und der Nationalsozialismus: Widerstand

Kolloquium: Freitag, 18. März 2011, 14 – 19 Uhr, NS-DOK, Appellhofplatz 23-25, Köln



Die Kolloquien des NS-DOK sind eine neue Reihe des NS-Dokumentationszentrums, in der neuere Untersuchungen zur Zeit des Nationalsozialismus in Köln und dem Rheinland vorgestellt werden. Sie stehen in der Tradition der bis 2004 durchgeführten Veranstaltungen des Rheinischen Instituts für Geschichte und Gedächtnis (RIGG).

Neben einführenden Referaten steht die Diskussion von Quellengattungen und Forschungsansätzen im Mittelpunkt. Ziel ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und geschichtlich interessierter Öffentlichkeit zu fördern. Eingeladen sind Vertreter/innen von Hochschulen, nichtuniversitären Forschungseinrichtungen und Projekten historischpolitischer Bildungsarbeit, Geschichtsvereine, Studierende und Geschichtsinteressierte mit einem Forschungsschwerpunkt zur NS-Zeit. Thema des kommenden Kolloguiums ist der Widerstand gegen das NS-Regime. Dabei soll das 2008 vom NS-DOK begonnene Projekt "Opposition und Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933-1945" vorgestellt und regionalgeschichtlich eingeordnet werden. Weitere Aufmerksamkeit gilt der Frage, wie der Kölner Widerstand in den letzten Jahrzehnten erforscht und "sichtbar gemacht" wurde. Dabei sollen verschiedene Projekte, unterschiedliche Darstellungen und Deutungskonflikte diskutiert werden.

Begrenzte Teilnehmer(innen)zahl: Schriftliche Anmeldung unter Angabe des Forschungsinteresses erforderlich (Mail: nsdok@stadt-koeln.de; Tel. 0221-221 26332) Anmeldung bis 11.03.2011

Köln im Nationalsozialismus Neuauflage des Kurzführers erschienen

Das Taschenbuch "Köln im Nationalsozialismus. Ein Kurzführer durch das EL-DE-Haus" erfüllt zwei Funktionen: Zunächst bietet es grundlegende Informationen zum EL-DE-Haus mit Gedenkstätte Gestapogefängnis und der Dauerausstellung "Köln im Nationalsozialismus", es stellt auch eine kompakte Einführung Geschichte Kölns in der NS-Zeit insgesamt dar. Die Geschichte des EL-DE-Hauses, die Gedenkstätte Gestapogefängnis mit den Inschriften der Gefangenen und die Dauerausstellung mit ihren 15 Themenbereichen sowie die Arbeit des NS-Dokumentationszentrums werden ausführlich behandelt. Das Buch in seiner zweiten Auflage umfasst knapp 300 Seiten, ist durchgehend vierfarbig gestaltet und

wird zudem gleichzeitig in einer deutschen und englischen Ausgabe veröffentlicht.

Die erste Auflage des Kurzführers aus dem Jahr 2001 hat eine erfreuliche Resonanz gefunden, war aber seit Längerem vergriffen. Die nun veröffentlichte zweite Auflage greift die Neugestaltung der Gedenkstätte und die umfangreichen Veränderungen in der Dauerausstellung einschließlich des Einbaus von zahlreichen neuen Medienstationen, die in den Jahren 2009 und 2010 umgesetzt wurden, auf. Auch die Teile über das EL-DE-Haus und das NS-Dokumentationszentrum sind vollkommen neu verfasst. Die Publikation ist für € 12,95 (englisch: € 14,95) im Buchhandel oder im EL-DE-Haus erhältlich.



Islam und Menschenrechte im Diskurs – Islamophobie oder legitime Kritik? Vortrag, Freitag, 4. Februar, 20 Uhr, Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79, Köln-Ehrenfeld



Das Allerweltshaus lädt ein: In den letzten Jahren, besonders seit den Anschlägen des Septembers, sind der Islam und die Muslime wieder vermehrt Blickfeld der Medien und des öffentlichen Diskurses geraten. Dabei werden Worte und Begriffe Terrorismus, jü-Werte disch-christliche Menschenrechte und routiniert genutzt, um sich von Muslimen abzugrenzen. Der Refe-

rent ist der Meinung, dass dabei oft sowohl der historische Kontext, als auch die wissenschaftliche Neutralität fehlen, die essentiell für eine vernünftige Debatte wären. Die neue europäische Rechte wiederum nutzt die sogenannte Islamophobie, um mit dieser Strategie erstaunliche politische Siege zu erzielen. Doch welche Rolle spielt der Islam selber im Diskurs um die Menschenrechte, der Integration und des Terrorismus? Ist er wirklich, wie seine Kritiker behaupten, unvereinbar mit elementaren westlichen Werten, oder ist diese Art Diskurs nur ein Vorwand für eine latent europäische Xenophobie?

Referent: Karim Khayal ist Magisterstudent mit dem Hauptfach Politik und den Nebenfächern Orientalistik und Geschichte an der Universität Köln. Er hat einen großen Teil seines Lebens im Mittleren Osten verbracht, unter anderem in Saudi Arabien, Ägypten und im Gazastreifen.

Eintritt 3 €

Veranstalter:

Allerweltshaus Köln e.V., Körnerstr. 77-79 Tel.: 0221 - 510 30 02 www.menschenrechte-koeln.de,

Mittendrin? Rassismus in der Mitte der Gesellschaft Workshop und Diskussionsveranstaltung, Samstag, 12. Februar 2011, 15 – 20 Uhr, Nümbrecht

Im Rahmen der Ausstellung "Demokratie stärken -Rechtsextremismus bekämpfen", die derzeit in Waldbröl gezeigt wird, findet eine Veranstaltung mit Workshops und einer Podiumsdiskussion statt: Dabei wird die "Rechte Szene" unter die Lupe genommen, aber auch der in der Integrationsdebatte erkennbar gewordene Rassismus in der Mitte der Gesellschaft untersucht. In zwei parallel verlaufenden Workshops gehen die Teilnehmer unter Leitung der Referenten diesen Fragen nach. Die abschließende Diskussion steht im Zeichen der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung "Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010". Referenten sind: Dr. Christopf Busch, Autor der Ausstellung "Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen", Johannes Maximilian Kieß. Mitautor der Studie "Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010" und Hans-Peter Killguss vom NS-Dokumentationszentrum Köln. Um Anmeldung über www.oberberg-ist-bunt.org wird bis zum 8. Februar gebeten. Die Teilnahme an einzelnen Teilen der Veranstaltung ist möglich.

Veranstaltungsort:

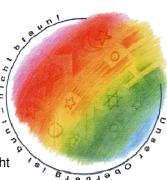
Homburgisches Gymnasium Nümbrecht Mateh-Yehuda-Straße 5 (Zum Schulzentrum 5) 51588 Nümbrecht



mit Courage

Unser Oberberg ist bunt - nicht braun! c/o Bruno-Goller-Haus Brückenstraße 4 51643 Gummersbach oberberg-ist-bunt@web.de

www.oberberg-ist-bunt.org In Kooperation mit: Gesamtschule Waldbröl, Homburgisches Gymnasium Nümbrecht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Schule ohne Rassismus - Schule



Kölns Kultur ist vielfältig – Aufbruch zur transkulturellen Stadt Dienstag, 15. Februar 2011, 19.30 Uhr, Forum Volkshochschule im Museum, Köln

Das "Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft" ist unter aktiver Beteiligung von mehr als 300 Akteuren in Köln auf den Weg gebracht worden. In Kooperation von Volkshochschule, Interkulturellem Referat der Stadt Köln und verschiedenen Facheinrichtungen, wie zum Beispiel die RAA, ist die

Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien

Hauptstelle RAA NRW

Herausforderungen einer zukunftsweisenden Integrationspolitik eröffnen soll.

Veranstaltungsort: Forum Volkshochschule im Museum Cäcilienstr. 29 – 33, 50667 Köln-Innenstadt

Ansprechpartnerin: Dr. Beate

Blüggel, RAA Köln, Telefon (02 21) 2 21-2 10 67 E-Mail: Beate.Blueggel@stadt-koeln.de

Veranstaltung Teil einer Reihe, die eine Diskussion über die bisher nicht genutzten Ressourcen und die

"Methods and Methodology in Researching the Far Right" Konferenz: 25./26. März 2011, Fachhochschule Düsseldorf

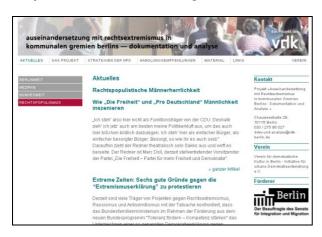
Internationale/interdisziplinäre Fachkonferenz zum Thema "Methoden und Methodologie der Erforschung der extremen Rechten". Weitere Informationen (englischsprachiger Flyer):

Forschungsstelle Rechtsextremismus/Neonazismus, Üniversitätsstraße 1, Gebäude 24.21, 40225 Düsseldorf forena@fh-duesseldorf.de, www.arbeitsstelle-neonazismus.de



Rechtsextreme in kommunalen Gremien

Projekt "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins"



Der Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) verweist auf die neue Webpräsenz des Projektes "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse", die auch für Engagierte in Köln und Umgebung von Interesse ist.

Dort finden Sie Informationen zu:

- Aktivitäten der NPD und "Republikaner" in den Bezirksverordnetenversammlungen Berlins,
- Initiativen der NPD jenseits der kommunalen Gremien.
- dem Umgang der demokratischen Bezirksverordneten und zivilgesellschaftlichen Akteure mit den Vertreter/innen dieser Parteien in sowie außerhalb der Bezirksverordnetenversammlungen und

• Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rechtsextremen Mandatsträger/innen informiert.

Vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksversammlungen 2011 stehen die demokratischen Parteien und die Zivilgesellschaft vor neuen Herausforderungen. Ein weiterer Schwerpunkt der Webpräsenz liegt daher auf:

- Beobachtung und Einschätzung der Öffentlichkeitsarbeit der NPD vor den Wahlen 2011,
- Analyse der Inhalte, Strategien sowie der Einschätzung von Potenzialen neuer Parteien aus dem rechtspopulistischen Spektrum und
- Unterstützung der demokratischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteure in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und -populismus.

Die Homepage des Projektes soll mittels Analysen und Berichten so eine Grundlage für den Austausch aller Demokrat/innen legen.

http://bvv.vdk-berlin.de/

Kontakt:

Verein für demokratische Kultur in Berlin Chausseestraße 29 10115 Berlin Tel.: 030 – 275 95 027

doku-und-analyse@vdk-berlin.de

Auch das Bündnis "Köln Nord gegen Rechts" hat eine neue Internetpräsenz: http://knordgegenrechts.wordpress.com/

Ansgar Drücker neuer IDA-Geschäftsführer Stephan Bundschuh zum Professor an der Fachhochschule Koblenz berufen

Der Diplom-Geograf Ansgar Drücker ist seit Januar neuer Geschäftsführer des bundesweit tätigen Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit e.V. (IDA) mit Sitz in Düsseldorf. IDA ist das Dienstleistungszentrum der Jugendverbände für die Themenfelder (Anti-)Rassismus, (Anti-)Rechtsextremismus und Migrationspädagogik. Ansgar Drücker war bis zum Jahresende 2010 als Bundesgeschäftsführer der Naturfreundejugend Deutschlands in Remagen-Rolandseck tätig. Der bisherige Geschäftsführer von IDA, Dr. Stephan Bundschuh, wurde zum Jahresbeginn zum Professor an die FH Koblenz berufen.

Ansgar Drücker: "Vor über 20 Jahren haben die Jugendverbände IDA gegründet, um ein wirksames



Zeichen gegen rechtsextreme Tendenzen zu setzen und einen Wissens-, Methoden- und Informationspool für die Jugendverbandsarbeit aufzubauen. Daraus ist eine auch über die Jugendarbeit hinaus geschätzte Fachorganisation geworden, die längst auch Aufgaben für die gesamte Gesellschaft sowie in der Politikberatung übernommen hat."

Weitere Informationen unter www.idaev.de.



Am rechten Rand Neues von der extremen Rechten in Köln und Umland



Demonstration von "pro Köln" am 2. Februar: Die rechtsextreme Organisation mobilisiert anlässlich des Richtfestes der DITIB-Moschee in Köln-Ehrenfeld zu einer Mahnwache. Die im Bau befindliche Moschee werde "eines Tages das Beton gewordene Mahnmal von Desintegration und Parallelgesellschaften sein", so "pro Köln" auf ihrer Internetseite. Neben "anderen führenden Funktionären der Pro-Bewegung wird auch der ehemalige

stellvertretende Ehrenfelder Bezirksbürgermeister Jörg Uckermann bei der Mahnwache sprechen", so die Rechtsaußenpartei. "In der Debatte um den Bau der Großmoschee war er noch als CDU-Ortsvorsitzender einer der Wortführer der Großmoscheegegner und fand seinen Weg zur Bürgerbewegung pro Köln, als die CDU den politisch korrekten Kotau vollzog und mit ihrem im Volksmund als ,Türken-Fritz' bekannt gewordenen Oberbürgermeister Fritz Schramma zur glühenden Vorkämpferin der Islamisierung Kölns wurde." "Pro Köln" beleidigt nicht nur den ehemaligen Kölner Oberbürgermeister, sondern instrumentalisiert auch den Publizisten Ralph Giordano und die SPD-Politikerin Lale Akgün für ihre Zwecke: Beide würden die Ziele der selbsternannten Bürgerbewegung teilen. Sowohl Akgün als auch Giordano haben aus unterschiedlichen Motiven Kritik am Bauherrn, der DITIB, geäußert, sich aber auch deutlich von Rechtsextremen wie "pro Köln" distanziert.

Propagandaaktionen: Im Vorfeld der für den 29. Januar 2011 in Wuppertal angekündigten Neonazi-Demonstration kam es zu mehreren Propagandaaktionen in Köln (Zollstock, Nippes, Chorweiler, Mülheim) und Umland (z.B. in Leverkusen, Frechen, Erftstadt und in Pulheim). So wurden Flyer verteilt, Plakate und Aufkleber verklebt sowie mehrere Sprühaktionen durchgeführt.



Erfolg der NPD-DVU-Fusionsgegner: Das Landgericht München untersagte der Deutschen Volksunion (DVU) in einer am 27. Januar veröffentlichten einstweiligen Verfügung, den Verschmelzungsvertrag mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zu unterzeichnen. Die Rechtsextremen hatten geplant, im Superwahljahr 2011 mit Abstimmungen in sieben Ländern gemeinsam anzutreten. Dagegen hatten mehrere Landesverbände der DVU, darunter auch NRW, ein Verfahren

angestrengt. Sie wurden u.a. von Anwälten aus den Reihen pro NRWs vertreten.

Es seien "erhebliche, mit den Anforderungen an demokratische Abstimmungen unvereinbare Mängel vorgetragen und glaubhaft gemacht" worden, heißt es in der Begründung des Gerichts. Sie würden eine erneute Urabstimmung erforderlich machen.

In Köln ist die DVU so gut wie nicht existent, in Stolberg gibt es hingegen noch mehrere Aktivisten.

Tagesaktuelle Neuigkeiten über die extreme Rechte in NRW unter: http://nrwrex.wordpress.com/



Neu in der Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums

Rechte Diskurspiraterien. Strategien und Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen



Aus dem Klappentext: "In den letzten Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten. Themen. politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Heaemonie zu nutzen. Dabei

handelt es sich keineswegs mehr nur um ein Steckenpferd der intellektuellen "Neuen Rechten", vielmehr wird dies auch von NPD und militanten Neonazis praktiziert. Im Resultat hat sich die extreme Rechte eine Bandbreite kultureller und ästhetischer Ausdrucksformen angeeignet, indem sie sich am verhassten "Vorbild" der Linken abgearbeitet hat. Man könnte auch sagen: Um überzeugender zu wirken, hat sie kulturelle Praktiken und Politikformen der Linken ,entwendet' – allerdings nicht, ohne sie mit den eigenen Traditionen zu vermitteln. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die

Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten."

Dies diskutieren in ihren Beiträgen: Helmut Kellershohn, Martin Dietzsch, Christina Kaindl, Sabine Kebir, Volker Weiß, Volkmar Woelk, Renate Bitzan, Richard Gebhardt, Fabian Virchow, Lenard Suerman, Christoph Schulze, Regina Wamper, Britta Michelkens, Siegfried Jäger und Jens Zimmermann.

Der Sammelband, der an das Kolloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung aus dem Jahr 2009 anknüpft, nimmt zunächst eine aktualpolitische Kontextualisierung des Phänomens vor, um anschließend die historischen Vorbilder zu beleuchten. Die Ebenen der Adaption im dritten Teil beziehen sich auf inhaltliche Interventionen, kulturelle und ästhetische Anleihen sowie auf Adaptionen von Aktionsformen. Abschlie-Bend werden Gegenstrategien diskutiert.

Regina Wamper, Helmut Kellershohn, Martin Dietzsch (Hrsg.): Rechte Diskurspiraterien. Strategien und Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, 290 Seiten, unrast-Verlag, Münster 2010, ISBN: 978-3-89771-757-2

Augen Auf – Rassismus und Diskriminierung unter der Lupe

Das AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln in Trägerschaft des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., der sich seit 1995 aktiv für die Verwirklichung einer Kultur der Gleichbehandlung einsetzt und somit für die Interessen von Menschen eintritt, die von Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind, hat eine neue Broschüre veröffentlicht:

"Mit der Broschüre werden Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt, die als Handreichung für diskriminierungs- und rassismuskritische Bildungsarbeit gedacht sind. Die Materialien bestehen aus einer Zusammenstellung von theoretischen Texten und Übungen zu einzelnen Themenfeldern der Antidiskriminierungsarbeit. Sie stellen eine erste Grundlage dar, um kritisch und konstruktiv Erscheinungsformen sowie Möglichkeiten des Schutzes vor und des Umgangs mit Diskriminierung und Rassismus zu reflektieren. Die Materialien sind als Kopiervorlage für die pädagogische Arbeit mit Schüler innen ab der 9ten Klasse konzipiert worden, eignen sich aber ebenso für Multiplikator innen der außerschulischen Bildungsarbeit."

Die Broschüre kann

www.oeaa.de/neu/ images/Publikationen /schulmaterial.pdf heruntergeladen werden

Weitere Infos:

OGG Sanata Nacro/ John Mukiibi Berliner Str. 97-99 51063 Köln Tel. 0221 - 96476300 info@oegg.de





Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus Appellhofplatz 23-25 50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963 Fax: 0221 - 221 25512 E-Mail: ibs@stadt-koeln.de

www.nsdok.de/ibs

